

Wochenschrift
Tageblatt Wiesa.
Semmel Nr. 20.
Weißbach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Wehlen behördlich bestimzte Blatt.

Weltgeschichte
Geschenk 1530
Gutenberg
München 1543

K 79

Freitag, 5. April 1929, Abendausgabe

89 Jahre

Das kleinste Zappblatt erfordert jeden Tag abends 1,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Berechnung. Für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Übersetzens von Werbungsmitteilungen, Schätzungen der Höhe und Materialienarten bestehen wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachrechnung vor. Ausgaben für die Wiederverbreitung sind bis 6 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Veröffentlichen an bestimmten Tagen und Städten wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 20 mm breite, 3 mm hohe Gravurdruck-Sätze (6 Silber- 18 Gold-Pfennige); die 20 mm breite Bellameier'sche 100 Gold-Pfennige; seitziehender und tabellarischer Satz 50% Erhöhung. Beste Tarife. Gewilligter Rabatt entfällt, wenn der Beitrag verzögert, durch Flugs eingesogen werden muss oder der Auftraggeber in Ronburg gründet. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbüllage "Gräfin am der Elbe". — Um Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelcher Erschütterungen des Bestandes der Druckerei, der Siechenanstalt oder der Gesundheitseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Sicherung oder Rücklieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsort und Bericht: Bautzen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Geschäftstraße 59
Bewilligt durch Nebamtman Heinrich Uhlmann, Riesa; für Ausweiseinheit: Wilhelm Mittag, Riesa.

Der Kabinettsrücktritt im Deisterreich.

Die österreichische Daseinlichkeit ist ebenso wie die deutsche durch den gestern erfolgten Rücktritt des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel und seiner Regierung überrascht worden. Mit diesem Rücktritt hat die Laufbahn des Bundeskanzlers ihr Ende gefunden, die infolge der Klugheit und staatsmännlichen Bedeutung ihres Trägers sehr erfolgreich gewesen ist. Zweimal war Dr. Seipel Bundeskanzler, zuerst vom Mai 1922 bis Oktober 1924 und dann vom Oktober 1926 bis jetzt. Er hat also fast fünf Jahre lang das Bundeskanzleramt verloren und in dieser Zeit das Land durch alle Führerseiner schwierigen außenpolitischen Lage und seiner inneren Bevölkerungsnotwendigkeiten hindurchgeführt.

Sein letztes Kabinett war eine rein bürgerliche Koalition mit deutlicher Spur gegen die Sozialdemokratie, die in Österreich weit radikaler ist als bei uns. Sie bestand aus den Christlich-Sozialen, dem Landbund und den Großdeutschen. Die Sozialdemokratie stand ihr in offener Opposition gegenüber und richtete ihre Angriffe besonders gegen den Bundeskanzler, der in seiner Eigenschaft als katholischer Geistlicher von ihr in der Frage der Ehegesetzegebung außerordentlich scharf belästigt wurde. Aber auch andere Fragen boten der Sozialdemokratie Gelegenheit zur Betreibung einer heftigen Opposition, vor allem das Problem der Wehrorganisationen, das sich in dem Gegensatz zwischen den Heimwehren auf der einen und dem Republikanischen Schutzbund auf der anderen Seite ausdrückte, ferner der Konflikt zwischen staatlicher und Gemeindevolizie in Wien und gerade in letzter Zeit der immer wachsende Gegensatz zwischen Bund und Ländern. Trotzdem hätte das alles aber den Rücktritt des Bundeskanzlers nicht veranlassen können. Denn er stützte sich auf eine genügende Mehrheit, so daß ihm die sozialdemokratische Opposition nicht schaden könnte. Aber in der letzten Zeit haben sich innerhalb der Koalition Meinungsverschiedenheiten herausgestellt, die den Weiterbestand zu erschüttern drohten. Besonders der Ministerkum, der in Österreich so scharf durchgeführt ist, daß er den Handelsvölkig unrentabel macht, gab den Sturm zu ernsten Differenzen. Und auch die außenpolitische Einstellung des Bundeskanzlers, die dem Auschlußgedanken nicht gewogen war, schuf neue Gegensätze, die besonders zwischen dem Bundeskanzler und den anschlußfreudlichen Großdeutschen auffielen. Der Kanzler hat kurzer Hand aus dieser Lage die Konsequenzen gezogen und seinen Rücktritt genommen. Er zeigte damit eine hohe politische Einfühlung. Denn er wollte zum Ausdruck bringen, daß die politische Linie, die heute in Österreich verfolgt wird, nicht durch periodische Verstimmungen gestört werden darf. Zu gleicher Zeit wollte er wohl auch die Belastung, die seine Regierung auf die Dauer für die Kirche brachte, von dieser nehmen.

Es ist nun die Frage, wie sich die Verhältnisse in Österreich nach dem aufopferungsvollen Schritt des Bundeskanzlers weiter entwickeln werden. Nach der Erklärung des Bundeskanzlers ist anzunehmen, daß die bisherige Koalition weiterbestehen wird, nachdem Dr. Seipel ausgesetzt worden ist. Die Annahme, daß der Rücktritt die Bahn für einen Eintritt der Sozialdemokraten in die Verantwortung ebnen würde, ist jedenfalls irrig. Die Sozialdemokratie selbst hat auch durch ihre Sprecher, den früheren Bundeskanzler Dr. Renner und Dr. Bauer, erklärt lassen, daß sie nur für den Fall der Aenderung der politischen Methoden in das Kabinett eintreten würde. Darauf ist aber nicht zu bauen. Dr. Seipel wird im übrigen dem politischen Leben erhalten bleiben. Er scheidet nur von seinem Amt als Bundeskanzler, nicht von seiner politischen Wirksamkeit. Er wird also seine große Erfahrung und staatskundliche Begabung auch weiterhin in den Dienst des österreichischen Staates stellen. Wer das Bundeskanzleramt übernimmt — nach den vorliegenden Meldungen soll es wieder ein Christlich-Sozialer sein —, wird sich also gleichbleiben; den Ton wird der ehemalige Bundeskanzler angeben, und für Österreich wird das nicht schlecht sein.

Gründungssitzung des deutsch-spanischen Komitees.

R a d i o. (Punktprach.) Im deutschen Kollegium fand gestern unter dem Vorsitz des deutschen Botschafters Graf Welzer, des spanischen Unterrichtsministers, des Herzogs von Infantado, des Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses und zahlreicher Mitglieder des deutschen Komitees die feierliche Eröffnung des deutsch-spanischen Komitees statt. Die Veranstaltung, der die deutsche Kolonie fast vollständig beiwohnte, begann mit dem Gelingen deutscher und spanischer Lieder, die von Kinderchoren vorgetragen wurden. Dann sprach der deutsche Botschafter über die Aufgaben des Komitees, ihm folgte Reichstagsabgeordneter Prof. Schreiber mit einem Vortrag über die Grundlagen und die Entwicklung der deutschen Wissenschaft und ihren Einfluss auf die Weltkultur.

The Year in Review

Hankau. Die Fremdenlegionen in Hankau sind verbarrikadiert worden, um den von den Regierungstruppen besiegten Hankau-Truppen das Eindringen unmöglich zu machen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung wurde ein Bürgerausschuss eingesetzt.

Wiederzusammentritt der Sachverständigen in Paris.

Befreiung der Deudtschritten.

Noch keine Verständigung, aber eine Entspannung.

11 Paris, 4. April. Die heutige Vollstzung der Reparationskonferenz, die von drei Uhr bis gegen fünf Uhr nachmittags dauerte, war in der Hauptstude der Präsuna der schweilichen Darlegungen, die in der letzten Sitzung vor der Osterpause von den vier Gläubigerländern vorgelegt worden waren, gewidmet, sowie der Prüfung des ebensfalls schriftlich fixierten Memorandums des Vorsitzenden der Konferenz Owen Young, daß Owen Young bekanntlich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Konferenz und nicht als amerikanischer Delegierter eingerichtet hat. Deutlichkeit wurden in der heutigen Sitzung von Reichsbankpräsident Dr. Schacht einige Fragen, die schriftlich fixiert waren, vorgelegt. Sie haben die Klärung gewisser in den schriftlichen Darlegungen der Gläubigermächte enthaltenen Ausführungen zum Gegenstand. Auf die deutschen Antragen sollen die interessierten Delegationen antworten. Wahrscheinlich wird dies wiederum schriftlich geschehen. Infolgedessen ist der Zeitpunkt für die nächste Vollstzung heute nicht festgelegt worden. Es wurde dem Ermessen des Vorsitzenden überlassen, wann er eine neue Vollstzung einberufen wird.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht und die übrigen Mitglieder der deutschen Delegation werden nunmehr mit den Delegierten der Gläubigerländer direkt Abhängig nehmen. Die amerikanischen und japanischen Delegierten haben sich, wenn dies von Nutzen sein könnte, bereit erklärt, ihreseits — wenn möglich — fördernd auf diese Verhandlungen einzutreten. Es ist anzunehmen, daß im Laufe der direkten Besprechungen zwischen den an der Reparationsabstimmung direkt interessierten Nationen auch über Ziffern gesprochen wird. Allerdings wird ausdrücklich betont, daß es nicht die Aufgabe der Sachverständigen sein könnte, im eigentlichen Sinne des Wortes zu verhandeln, sondern lediglich unterstützende Arbeit über die zu suchende Lösung zu leisten.

In der Pressekonferenz, die nach Beendigung der Vollversammlung stattfand, und der je ein Delegierter der sieben vertretenen Staaten angehört, wurden die Angriffe in der französischen Presse (hauptsächlich Figaro und Creelstoy) erwidert, die Dr. Schacht Verhältnisse der Verhandlungen zum Vorwurf machen wollten. Diese Angriffe wurden mißbilligt und für durchaus unbegründet erklärt. Es wurde im Gegen teil einstimmig festgestellt, daß nicht die leiseste Belästigung zwischen den Delegierten bestehe, und daß in keinem Augenblick der Verhandlungen die deutsche Delegation irgendeine Weigerung ausgesprochen habe. Schließlich ist festgekettet worden, daß das Memorandum des Vorsitzenden der Konferenz Owen Young in keiner Weise — wie in gewissen ausländischen Blättern behauptet worden ist — als ein Ultimatum an die deutsche Delegation aufgelegt worden ist oder enthalten sei.

Die Antwort der südländischen Regierung auf die Anfragen Bedels.

11d. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt:
Der frühere Landtagsabgeordnete Wedel richtet in der
„Dresdner Volkszeitung“ einige Anfragen an die Staats-

Dieser hat nämlich die oben geschilderten Maßnahmen der Regierung als Korruption zu verzeichnen gewollt. Von seiner gerichtlichen Verfolgung konnte deshalb abgelehnt werden, weil der rein wahlagitatorische Zweck dieses Vorwurfs so durchsichtig ist, daß ihm in der Öffentlichkeit kaum Bedeutung beigelegt werden dürfte.

Wird das Republikanische Gesetz verlängert?

X. Berlin. Eins der schwierigsten Probleme, vor die die Reichsregierung in den nächsten Monaten gestellt werden wird, ist die Frage, ob und auf welche Weise das am 23. Juli d. J. ablaufende Republikanischgesetz verlängert wird. Bisher war es immer gelungen, die notwendige verfassungändernde Mehrheit für die Verlängerung des Gesetzes im Reichstag zu stande zu bringen, da auch die Deutschnationalen sich dafür ausgesprochen hatten. In diesem Jahre liegen jedoch die Dinge wesentlich anders, da die Deutschnationalen sich in Opposition zur Reichsregierung befinden und nicht erwartet werden kann, daß sie wieder für die Verlängerung des Republikanischgesetzes stimmen werden. Nur mit den Stimmen aller kleineren Parteien und der Wirtschaftspartei ließe sich zur Stütze eine knappe Zusammensetzung erreichen, die aber durch mancherlei Zusämmenstellungen leicht gefährdet werden könnte. Sollte die notwendige qualifizierte Mehrheit für die Verlängerung des Gesetzes nicht zu stande kommen, so würde ein Interregnum in dem Schutze der Republik und des Reichspräsidenten eintreten, da das reformierte Strafgesetz, das die wichtigsten Bestimmungen des Republikanischgesetzes in etwas gemilderter Form übernimmt, frühestens erst in 1½ Jahren in Kraft tritt. Es wird eine nicht leichte Aufgabe für die Regierung sein, mit dem Volk einer Ablehnung der Verlängerung des Republikanischgesetzes Mittel und Wege zur Überbrückung des entstehenden gesetzlichen Leeres zu finden.